

Nicht von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn motiviert: Replik der Denkfabrik Agenda Austria zum Artikel von Stephan Pühringer und Christine Stelzer-Orthofer in Heft 1/ 2016

Köppl-Turyna, Martina; Mayrbäurl, Cornelia; Schneider, Friedrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Replik / replication

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köppl-Turyna, M., Mayrbäurl, C., & Schneider, F. (2016). Nicht von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn motiviert: Replik der Denkfabrik Agenda Austria zum Artikel von Stephan Pühringer und Christine Stelzer-Orthofer in Heft 1/ 2016. *SWS-Rundschau*, 56(2), 266-273. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61978-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nicht von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn motiviert

Replik der Denkfabrik Agenda Austria zu

Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine: *Neoliberale Think-Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen. Die Beispiele des Hayek-Instituts und der Agenda Austria*. In: SWS-Rundschau, Nr. 1/ 2016, 75–96.

Monika Köppl-Turyna/Cornelia Mayrbäurl/Friedrich Schneider (Wien/Wien/Linz)

Die Gründung der Denkfabrik Agenda Austria 2013 stellte für Österreich eine Novität dar: Die Denkfabrik finanziert sich ausschließlich aus privaten Quellen, also Unternehmen oder Privatpersonen, und ist daher von Staat, Parteien, Kammern und Interessenvertretungen unabhängig. Die Tatsache, dass die Agenda Austria keine Aufträge von außen (z. B. Ministerien, Kammern usw.) annimmt, stärkt ihre Unabhängigkeit zusätzlich. Die Mitarbeiter stimmen ihre wissenschaftliche Arbeit ausschließlich mit einem wissenschaftlichen Beirat ab, die Geldgeber haben keinerlei Einfluss darauf.

Dass diese neue, ungewohnte Art der Finanzierung zu Missverständnissen führt, ist nicht ganz überraschend. In anderen Ländern ist die Öffentlichkeit bereits an dieses Modell gewöhnt; die Forschungsergebnisse privat finanzierter Think-Tanks werden dort daher wie diejenigen ähnlicher Institutionen behandelt und diskutiert. Im Alltag können solche Missverständnisse bzw. Unkenntnis sehr schnell ausgeräumt werden. Der Artikel von Stephan Pühringer und Christine Stelzer-Orthofer macht wegen seines wissenschaftlichen Anspruchs sowie wegen zahlreicher inhaltlicher Fehler, etwa falscher Zitierungen, eine ausführliche Replik nötig, die hier Schritt für Schritt entlang des Artikels erfolgt.

Es beginnt beim Titel. Der Artikel mit dem Titel »Neoliberale Think-Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen« bietet an keiner Stelle eine Definition des Begriffs »neoliberal«. Dabei variiert dessen Bedeutungsinhalt beträchtlich, beginnend damit, dass der Schöpfer des Begriffs, Alexander Rüstow, ihn 1938 als Gegensatz zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts einführt und ihn als der sozialen Marktwirtschaft sehr ähnlich sieht. Aber auch heute sind für manche Personen oder Gruppen bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen in einem negativen Sinn bereits neoliberal, die womöglich von einer Mitte-Links-Regierung gesetzt werden.

In der Einleitung heißt es: »...drängen neoliberale Think-Tanks in die mediale gesellschaftspolitische Debatte, wobei ihr Agitieren meist auf einer dichotomen Gegenüberstellung...« Gleich zu Beginn verwenden die Autoren den Begriff »Agitieren«, der laut Duden abwertend ist und als Synonym zu »Propaganda machen« verwendet wird; wissenschaftliche Neutralität wird also von Anfang an klein geschrieben.

Im Kapitel 3 »Definition, Funktionen und die Entwicklung von Think-Tanks« schreiben die Autoren: »Advokatorische Think-Tanks betreiben wenig eigenständige

Forschung, sondern versuchen durch ein Netzwerk...«. Dies trifft auf die Agenda Austria eindeutig nicht zu, wie die Liste an Publikationen, die zum Teil auch in wissenschaftlichen Journals veröffentlicht wurden, auf der Webseite der Agenda Austria zeigt. Dagegen spricht auch die Verleihung des »Young Economists Award« der Österreichischen Gesellschaft für Nationalökonomie 2015 an drei Ökonomen der Agenda Austria.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist die Replik auf einzelne Passagen ab hier in Form einzelner Punkte dargestellt, die zunächst jeweils das Zitat aus der Arbeit von Pühringer und Stelzer-Orthofer sowie danach die Replik enthalten.

Anmerkungen zu Kapitel 4 »Institutionelle und ideologische Verortung und Vernetzung neoliberaler Think-Tanks in Österreich«:

- »Auch wenn die hier dargestellten Think-Tanks nur einen Ausschnitt neoliberaler Think-Tanks in Österreich abbilden, ...«: Mit dem Hayek-Institut und der Agenda Austria werden von Pühringer und Stelzer-Orthofer zwei Think-Tanks näher betrachtet. Es bleibt im Dunklen, welche (angeblich) zahlreichen anderen neoliberalen Think-Tanks es in Österreich noch gibt; eine kurze Auflistung wäre geboten gewesen.
- »*interlocking directorates*« »AkteurInnen, die über mehrere Funktionen in unterschiedlichen Institutionen eine verbindende Position in Netzwerken haben« (Fußnote 9): Dieses von den Autoren im Fall von Think-Tanks als problematisch erkannte Phänomen ließe sich auch auf Sozialpartner wie z. B. Funktionäre der Arbeiterkammer (AK) oder des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) anwenden; nicht umsonst kommt es immer wieder zu Ämterkumulierungen. Was bedeutet es unter diesem Gesichtspunkt etwa, wenn der Präsident einer überparteilichen, gesetzlichen Arbeitnehmervertretung auch Berater des Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden ist? Im einen Fall sind Personen mit verbindenden Positionen also problematisch, im anderen nicht. Es bleibt unklar, wo hier der Unterschied ist bzw. ob es überhaupt einen gibt.

Anmerkungen zu Kapitel 4.2 »Agenda Austria«:

- »...ebenfalls auf Betreiben der IV gegründete Think-Tank Agenda Austria«: Ob die Industriellenvereinigung (IV) versucht hat, neben dem Institut Eco Austria einen Think-Tank zu gründen bzw. finanzieren, ist den Mitarbeitern der Agenda Austria nicht bekannt. Sicher ist, dass die Agenda Austria 2013 in gänzlicher Unabhängigkeit von der IV entstanden ist und von dieser ja auch nicht finanziert wird. Dass Veit Sorger, bis Mitte 2012 Präsident der IV, nun Vereinsvorstand der Agenda Austria ist, bedeutet nicht, dass die Gründung auf Betreiben der IV stattfand. Die Autoren bringen für ihre Behauptung keinen Nachweis.
- »So sei es schlichtweg das Ziel, ›unter tätiger Mithilfe von Avenir-Direktor Gerhard Schwarz‹ die Avenir Suisse zu ›austrifizieren‹.«: Dieses Zitat wird einer Publikation der Agenda Austria zugeschrieben (»Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung«¹). Dabei zitiert, wie eindeutig erkennbar ist, das »Handbuch« hier die »Neue Zürcher Zeitung«. Hier wird eine grundlegende Zitierregel nicht eingehalten und dadurch Falsches vermittelt.

1 Agenda Austria (Hg.) (2013) *Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung*. Wien.

- »Schellhorn ... wurde von Sorger und Kraus als Leiter ausgewählt, weil...«: Das ist unrichtig, und es wird auch kein Nachweis dafür präsentiert. Außerdem steht dies in einem gewissen Widerspruch zu einer vorherigen Aussage des Artikels: »...vom ehemaligen Wirtschaftsressortleiter der Presse (*der Medientitel wird nicht richtig durch Anführung gekennzeichnet, Anm.*) gegründete Agenda Austria«.
- »...weil er zu den wenigen Publizisten (zählt), die konsequent...«: Dieses Zitat wird wieder dem »Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung« der Agenda Austria zugeschrieben. Dabei zitiert, wie wieder eindeutig erkennbar ist, das »Handbuch« hier die »Neue Zürcher Zeitung«. Nochmals wird eine grundlegende Zitierregel nicht eingehalten und dadurch Falsches vermittelt.
- »Schellhorn ist und war zudem über die letzten Jahre hindurch in der Vernetzung marktliberaler JournalistInnen (etwa in der Plattform ›Ortner Online‹ des Presse- und Wiener Zeitung-Redakteurs Christian Ortner, nach Eigendefinition das ›Zentralorgan des Neoliberalismus in Österreich‹) aktiv und hält Kontakte zu anderen markt- und neoliberalen Institutionen wie dem ›Club unabhängiger Liberaler‹ oder dem Hayek-Institut.« Das ist zumindest in Teilen unwahr, und es wird auch kein Nachweis erbracht. Gänzlich falsch ist die Behauptung, Schellhorn halte Kontakt zum Hayek-Institut. Zur Klarstellung: Die Agenda Austria sähe kein Problem darin, wenn dies so wäre. Das Problem besteht darin, dass einfach (unwahre) Behauptungen aufgestellt und nicht belegt werden. (*Überdies: Christian Ortner ist nicht Redakteur der »Wiener Zeitung« bzw. der »Presse«, Anm.*)
- »...eine potenzielle Abhängigkeit von finanzkräftigen, privatwirtschaftlichen Fördergebern scheint hingegen wohl nicht befürchtet zu werden.«: Hier wird (bewusst?) ignoriert, dass es im »Mission Statement« auf der Webseite der Agenda Austria heißt: »Das Institut erarbeitet wissenschaftlich fundierte Studien, deren Inhalt mit niemandem abgestimmt werden muss. Die Geldgeber haben keinerlei Einfluss auf die wissenschaftliche Arbeit der Agenda Austria, die Qualitätssicherung der Studien liegt einzig und allein in den Händen des wissenschaftlichen Beirates.«
- »...und langjährigen Chefredakteur der NZZ Gerhard Schwarz...«: Das ist unrichtig, Schwarz war Leiter des NZZ-Wirtschaftsressorts, aber nie Chefredakteur.
- »...bestehen auch enge Vernetzungen zwischen dem Hayek-Institut und der Agenda Austria.« Diese Interpretation von Abbildung 2 (grafische Darstellung eines Netzwerkes) hat mit der Realität nichts zu tun; es gibt keinen Austausch und keine Kooperation mit dem Hayek-Institut. Nochmals zur Klarstellung: Die Agenda Austria sähe nichts Ehrenrühriges darin, wenn dies so wäre. Das Problem besteht darin, dass (unwahre) Behauptungen aufgestellt und nicht bewiesen werden. Soll die Netzwerkgrafik (Abbildung 2: Institutionelle und personelle Vernetzung österreichischer neoliberaler Think-Tanks) als Nachweis dienen, ist dringend die zugrunde liegende Methode zu hinterfragen.
- »Letztere (*die Agenda Austria, Anm.*) zeichnet sich durch eine Reihe unmittelbarer medialer Vernetzungen aus, die sich neben Online-Portalen wie Ortner-Online auch auf Qualitäts-Printmedien wie die Presse oder die NZZ erstreckt.« (*Die »Presse« ist als Medientitel wieder nicht korrekt gekennzeichnet, Anm.*) Über eine Vernetzung mit

»Ortner Online« ist der Agenda Austria nichts bekannt, die Autoren liefern auch keinen Nachweis. Prinzipiell ist hier der Begriff der »Vernetzung« zu hinterfragen bzw. zu hinterfragen, was mit diesem Begriff insinuiert wird. Ist Franz Schellhorn aufgrund seiner vorherigen Tätigkeit mit der »Presse« vernetzt? Wenn ja: Was sagt dies etwa über zahlreiche Pressesprecher von Politikern aus, die zuerst Journalisten waren? Sind diese Politiker damit mit einem bestimmten Medium auf eine problematische Weise »vernetzt«? Ein Beispiel: Ein früherer Pressesprecher des ehemaligen Bundeskanzlers Faymann wurde zum Geschäftsführer der Zeitung »Heute«. Ein Redakteur des »Standard« wechselte ins Presseteam von Faymann. Ein »Kurier«-Redakteur wurde Pressesprecher des ehemaligen Vizekanzlers und Finanzministers Michael Spindelegger. Ein Redakteur der »Kronen Zeitung« wechselte zur SPÖ als deren Kommunikationschef. Diese Beispiele zeigen, dass der Begriff der »Vernetzung« entweder selektiv verwendet wird oder schwammig ist – oder beides.

- »Im Vergleich zum Hayek-Institut sind mit der Agenda Austria relativ mehr AkteurInnen aus der Wissenschaft verbunden, trotzdem bestehen über *interlocking directorates* wie Sorger oder Kraus enge Verbindungen zu Wirtschaftsverbänden bzw. der Privatwirtschaft.« Dass AkteurInnen aus der Wissenschaft mit der Agenda Austria verbunden sind, sollte eigentlich als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Agenda Austria, anders als in Kapitel 3 angemerkt, sehr wohl wissenschaftliche Arbeit betreibt, die nicht zu vernachlässigen ist. Generell problematisch erscheint, dass für die Autoren der Studie wissenschaftliche Arbeit bei gleichzeitigen Verbindungen zur Privatwirtschaft offenbar anrücklich ist. Die Agenda Austria geht davon aus, dass in einer sozialen Marktwirtschaft wie Österreich »die Privatwirtschaft« kein Feindbild darstellt.

Anmerkungen zu Kapitel 5 »Think-Tanks als neue Akteure in österreichischen, gesellschaftspolitischen Diskursen«:

- »...Vorschläge eingebracht..., die recht eindeutig mit einem Abbau kollektiver sozialstaatlicher Sicherung einhergehen und somit der Individualisierung und Vermarktlichung der Alterssicherung Vorschub leisten«: Hier wird völlig ignoriert, dass sich die Agenda Austria klar für ein *staatliches* Pensionssystem nach dem Vorbild Schwedens ausspricht, welches genauso wie das aktuelle System in Österreich eine Mindestabsicherung vorsieht. Aus welchen Gründen sollte Schwedens Pensionssystem, jenes eines EU-Mitgliedslands mit einer reichen sozialstaatlichen Tradition, für Österreich prinzipiell nicht akzeptabel sein?
- »Jüngst war den Medien zu entnehmen, dass eine vom derzeitigen Finanzminister beauftragte ExpertInnengruppe, unter Federführung des Ökonomen Gottfried Haber, Vorschläge zur langfristigen Finanzierung und Nachhaltigkeit des Pensionssystems erarbeitet hat, die sich recht deutlich mit jenen der Agenda Austria decken und dort auch breit rezipiert wurden...«: Mitglied dieser Gruppe war auch der SPD-nahe, weithin anerkannte Pensionsexperte Bert Rürup. Es ehrt die Agenda Austria, würde Rürup deren Positionen »rezipieren«; dass er sie aufgrund eigener Forschungen teilt, kommt der Realität weit näher. Gleiches gilt für andere Mitglieder der Gruppe wie eine frühere Mitarbeiterin des Instituts für Höhere Studien (IHS).

- »Vorteilig sei bei der Einführung des Mechanismus auch, dass ›Politik in puncto Pensionen nicht mitzureden‹ habe...«: Erneut wird sinnverzerrend, weil unvollständig und damit falsch zitiert. Vollständig heißt es: »Mehr als das hat die schwedische (Partei)Politik in puncto Pensionen nicht mitzureden – im Gegensatz zu Österreich, wo die Pensionen regelmäßig Thema von Wahlkampfversprechungen sind.« Die Agenda Austria weist immer wieder darauf hin, dass auch in Schweden natürlich die Politik das letzte Wort hat. Sie muss dort aber nicht beinahe permanent Details des Pensionssystems debattieren und neu regeln.
- »Mit der Umsetzung eines solchen Modells kommt es daher zu einer Umverteilung von unten nach oben, womit das Prinzip der solidarischen sozialstaatlichen Absicherung außer Kraft gesetzt wird...«. Diese Meinung von Rudolf Müller, dem Vorsitzenden der österreichischen Pensionskommission, die kontroverse Ergebnisse lieferte und daher auch in ihrer jetzigen Form abgeschafft wird, ist natürlich argumentierbar. Intellektuell redlich wäre es jedoch, hinzuzufügen, dass das derzeitige Pensionssystem eindeutig eine unsolidarische Umverteilung von Jung zu Alt bedeutet.
- »Der lapidare Hinweis auf das System der Mindestpension... ist eher als Alibi-Bemerkung zu interpretieren.« Im Original heißt es: »Gleichzeitig gibt es eine Mindestpension, die ähnlich hoch ist wie in Österreich: Kein Schwede muss fürchten, unter eine bestimmte Grenze zu fallen, die vom Parlament festgelegt wird.« Laut Duden bedeutet lapidar »überraschend kurz und knapp formuliert (aber treffend)«. Aus dem Originalzitat ist durch nichts herauszulesen, der Agenda Austria sei eine soziale Absicherung der Pensionisten nicht wichtig; im Gegenteil, die Verwendung von »gleichzeitig« bzw. »kein Schwede muss fürchten...« weist darauf hin, dass in einem Pensionssystem wie dem schwedischen eine Absicherung nach unten ein wichtiger Bestandteil ist.
- »...(j)eder soll so viel Pension bekommen, wie er einbezahlt hat«: Dieses Zitat stammt aus der Zeitungsbeilage »tele«² (Ausgabe 47/ 2015), und zwar handelt es sich dabei um einen Bildtext, den der zuständige Redakteur verfasst hat. Der im Interview von Köppl-Turyna gemachte Hinweis auf die Mindestpension wurde vom Redakteur im Bildtext unterschlagen.
- »Die Devise ›mehr Markt‹ wird auch damit begründet, dass durch den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen ›immer weitere Lebensbereiche verbürokratisiert und dem Markt entzogen‹ wurden.« Hier wird eine Aussage der Agenda Austria verstümmelt wiedergegeben. Dies macht es möglich, eine Aussage (die Begründung für mehr Markt) in einen völlig anderen Kontext zu stellen als im Original der Fall ist. Dort heißt es: »Durch die Einführung des Wohlfahrtsstaates im 19. Jahrhundert und dessen dynamischen Ausbau wurden immer weitere Lebensbereiche bürokratisiert und dem Markt entzogen. Dadurch ergaben sich neue Anwendungsfelder für politischen Aktivismus, wodurch sich auch der Finanzierungsbedarf der Politik erhöhte. Sehr

2 Knabl, Wolfgang (2015) *Sind unsere Pensionen noch zu retten?* In: tele – Das österreichische Fernsehmagazin, Nr. 47, 8–11, hier S. 10, verfügbar unter: http://images.tele.at/images/stories/magazines/pdf/2015/tele_KW47_2015.pdf?_ga=1.164561723,566469807,1457702472,11.3.2016.

- zur Freude der Banken.«³ Thema hier ist also die Abhängigkeit des Staates von den Banken, nicht die Rolle des Marktes.
- »...dem Markt entzogen wurden und der Sozialstaat – nicht der Markt – zur Ungleichheit beitrage: ›Während staatliche Eingriffe über Steuern und Umverteilung meist mit einer gleichen Verteilung assoziiert werden, gibt es eine Reihe von Interventionen, die eher die Ungleichheit ansteigen lassen.« Das Zitat im vorherigen Punkt betreffend den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen aus einer Publikation der Agenda Austria wird hier in einen direkten Zusammenhang mit einem Zitat aus einem anderen Dokument gestellt, in dem es nicht wie zuvor um die Abhängigkeit des Staates von Banken, sondern um die (unbeabsichtigten) Nebenwirkungen von Umverteilung geht. So tragen z. B. gedeckelte bzw. regulierte Mieten dazu bei, dass Wohnungseigentum unattraktiv wird, was die Vermögensungleichheit erhöht. Daher heißt es im Originaldokument der Agenda Austria weiter: »So kommt es beispielsweise dazu, dass die oft als Vorbild verstandenen skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden allesamt eine hohe Vermögensungleichheit aufweisen.«⁴ Es werden also gezielt Bruchstücke aus unterschiedlichen Publikationen zu unterschiedlichen Themen miteinander verquickt, um einen Vorwurf gegen die Agenda Austria (scheinbar) belegen zu können.
 - »...werden die Argumente für bzw. gegen sozialstaatliches Agieren hier auf den Kopf gestellt; das Pferd wird quasi von hinten aufgezäumt, um den Trugschluss des Zuviels an staatlicher Intervention zu bekräftigen.« Hier wird der Agenda Austria zugeschrieben, sie wolle zum Ausmaß an staatlicher Intervention Stellung nehmen. Tatsächlich geht es in dem Kapitel bzw. in der gesamten Publikation *Armut, Ungleichheit und Verteilung*, aus der das Argument der Agenda Austria stammt, um die Hintergründe, wie die Werte für die Vermögensverteilung in den verschiedenen Ländern zustande kommen, nicht um das optimale Ausmaß des Sozialstaates.
 - »Nicht die meist triste Lebenslage der BezieherInnen steht im Mittelpunkt, sondern die von der Agenda Austria ventilerte Behauptung..., dass umverteilende Sozialtransfers sich auf ›das Verhalten jener, die Unterstützung erhalten‹ dahingehend auswirken, dass ›letztlich die Leistungsbereitschaft aller‹ leide.« Eine (im Übrigen unvollständig zitierte) Aussage der Agenda Austria⁵ wird verwendet, um im Anschluss auf Stellungnahmen von ÖVP- und FPÖ-Politikern zu verweisen, in denen das Ausmaß der Mindestsicherung hinterfragt bzw. befürchtet wird, dass deren Ausmaß die Aufnahme von Erwerbsarbeit unattraktiv macht. Die Autoren schreiben also der Agenda Austria die Macht zu, bestimmte Stellungnahmen von Parteien hervorzurufen. Aus Sicht der Agenda Austria ist das völlig übertrieben. Es lassen sich ähnliche politische Aussagen sonder Zahl aus der Zeit vor der Gründung der Agenda Austria nachweisen.

3 Agenda Austria (Hg.) (2013) *Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung*. Wien, 111.

4 Christl, Michael/Lorenz, Hanno (2015) *Armut, Ungleichheit & Verteilung*. Wien, 116.

5 Agenda Austria (Hg.) (2013) *Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung*. Wien, 39.

Anmerkungen zu Kapitel 6 »Fazit«:

- »Agenda Austria und andere Think-Tanks ... versuchen eine ideologische Spaltung voranzutreiben, die letztlich dazu beitragen soll, sozialstaatliche Sicherung als ineffizient und leistungshemmend zu diskreditieren und mittels marktliberaler Ansätze soziale Polarisierung und soziale Ungleichheit in die Mitte der österreichischen Gesellschaft zu tragen.« Hier werden Argumente für einen Um- oder auch stellenweisen Rückbau des Sozialstaats gleichgesetzt mit sozialer Polarisierung und Ungleichheit. Abgesehen davon, dass totale Gleichheit hoffentlich niemandes Ziel ist und es daher allein um das »richtige« Ausmaß von Ungleichheit gehen kann: Die Autoren bringen keinen Beleg für eine Aussage der Agenda Austria, mit der derart radikale Begriffe wie eine »Polarisierung« gerechtfertigt würden.
- »So war im Gründungskontext beider hier beschriebenen Think-Tanks die Industriellenvereinigung maßgeblich beteiligt...«: Wie bereits unter den Anmerkungen zu Kapitel 4.2 beschrieben, wird diese Behauptung durch nichts gestützt. Ob bzw. welche Initiativen die IV gesetzt hat, ist den Mitarbeitern der Agenda Austria nicht bekannt.
- »...stellen neoliberale Think-Tanks mit ihren klaren Botschaften ... einen weiteren Radikalisierungsschritt in der Demontage des österreichischen Sozialstaats dar.« Diese Behauptung wird durch kein einziges Beispiel für die Demontage des Sozialstaates belegt.
- »Dies insbesondere, wenn mit dem Schein wissenschaftlicher Autorität und politischer Unabhängigkeit privatwirtschaftliche Interessen finanzkräftiger Förderer vertreten werden.« Zur nachweislich vorhandenen wissenschaftlichen Qualifikation der Agenda Austria-Mitarbeiter wurde bereits weiter oben in den Kommentaren zu den Punkten 3 und 4.2 Stellung genommen. Betreffend politische Unabhängigkeit: Die Autoren bringen in der gesamten Arbeit keinen einzigen Nachweis einer Abhängigkeit der Agenda Austria von politischen Parteien, den Sozialpartnern oder sonstigen Interessenvertretungen. Dass die offengelegte Ausrichtung im Mission Statement auf der Webseite der Agenda Austria (»...orientiert sich an marktwirtschaftlichen Lösungen...«) dazu führt, dass Arbeitsergebnisse der Agenda Austria in der Privatwirtschaft immer wieder auf Zustimmung stoßen, sollte nicht verwundern, hat aber mit (politischer) Abhängigkeit nichts zu tun.

Zusammenfassend: Der Artikel von Pühringer und Stelzer-Orthofer ist, wie die genaue Analyse ihrer unbewiesenen Behauptungen und sinnverzerrenden Zitate zeigt, nicht von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn motiviert und entspricht auch nicht wissenschaftlichen Kriterien, wie sie einer Veröffentlichung in der SWS-Rundschau zugrunde liegen sollten.

Literatur

Agenda Austria (2013) (Hg.) *Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung*. Wien.

Christl, Michael/Lorenz, Hanno (2015) *Armut, Ungleichheit & Verteilung*. Wien.

Knabl, Wolfgang (2015) *Sind unsere Pensionen noch zu retten?* In: *tele – Das österreichische Fernsehmagazin*, Nr. 47, 8–11.

Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016) *Neoliberale Think-Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen. Die Beispiele des Hayek-Instituts und der Agenda Austria*. In: *SWS-Rundschau*, Nr. 1, 75–96.

Kontakt:

monika.koepl-turyna@agenda-austria.at

cornelia.mayrbaeurl@agenda-austria.at

friedrich.schneider@jku.at